

# PROTOKOLL

über die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Niddatal am 22.05.2014 im Bürgerhaus Assenheim

---

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:20 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: ( Tagesordnung: siehe Blatt 2 )  
( 27 Mitglieder )

Gerhard Einhoff  
Torsten Hahn  
Oliver Herbert  
Hans-Joachim Mücke  
Florian Porth  
Stephanie Rotter  
Sven Schäfer  
Reinhard Schwarz  
Hans-Peter Wittmann  
Wernfried Fürtig  
Erland Kalbhenn  
Heinz Kimmel  
Stefan Koschorr  
Christian Osmalz  
Andreas Momberger  
Achim Saßmannshausen  
Lutz Sierach  
Elke Steppan  
Christoph Preiser  
Markus Nikleniewicz  
Dennis Brechtel  
Dieter Eisenberg  
Oliver Seuss  
Roland Gosebruch  
Barbara Feige  
Karl Stier  
Dr. Dirk Schneider

**es fehlten:** Michael Hahn - entschuldigt  
Petra Kremer - entschuldigt  
Silke Merz - entschuldigt  
Rolf Lamade - entschuldigt

**vom Magistrat waren anwesend:**

Dr. Bernhard Hertel  
Ursula Einhoff  
Arno Menk  
Herbert Porth  
Erhard Reiter

**es fehlten:** Kurt Meisinger - entschuldigt  
Renate Fritz-Mann - entschuldigt

Behindertenbeauftragte: Monika Sistenich

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

## TAGESORDNUNG:

- (1) Einführung und Verpflichtung des Bürgermeisters
  - (2) Mitteilungen
  - (3) Vorlage der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen einschließlich eines Haushaltssicherungskonzeptes (Vorlage-Nr. 19/2014)
  - (4) Vorlage des Wirtschaftsplanes 2014 der Stadtwerke Niddatal (Vorlage-Nr. 20/2014)
  - (5) Beschluss einer Hebesatzung für das Haushaltsjahr 2014 (Vorlage-Nr. 21/2014)
  - (6) Beschluss von überplanmäßigen und/oder außerplanmäßigen Auszahlungen (Tischvorlage)
  - (7) Zwölfte Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Niddatal (Vorlage-Nr. 22/2014)
  - (8) Dritte Änderungssatzung zur Kindergartengebührensatzung der Stadt Niddatal (Vorlage-Nr. 23/2014)
  - (9) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt
    - a) Grundsatzbeschluss (Bericht aus Sitzung HuF und BauA)
    - b) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen
  - (10) Bahnhof Assenheim
    - a) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen zum Stationsentwicklungsplan des RMV (Anfrage-Nr. 03/2014)
    - b) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen: barrierefreier Zugang zu einem Bahnsteig (Antrag-Nr. 24/2014)
  - (11) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen Leitplanke an der B 45 in Ilbenstadt (Anfrage-Nr. 04/2014)
- 

## Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -Teilnehmer und eröffnet die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 30. Sitzung am 20.03.2014 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Änderungen zur heutigen Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit:

**Am 31. März 2014 verstarb im Alter von 85 Jahren Theobald Hof**

Theobald Hof war langjähriger Mitstreiter im Parlament und Magistrat der Stadt Niddatal. Zu seinem Gedenken bittet der Stadtverordnetenvorsteher um eine Ehrenbezeugende Schweigeminute.

**(1) Einführung und Verpflichtung des Bürgermeisters**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann beginnt die offizielle dritte Amtseinführung von Dr. Bernhard Hertel mit folgender Ansprache:

Herr Dr. Hertel,  
nachdem Sie am 19. Januar 2014 von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt worden sind, führe ich Sie in Ihr neues Amt ein und verpflichte Sie per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Aufgaben.

Danach hat Stadtrat Herbert Porth die Ernennungsurkunde verlesen und überreichte sie Dr. Bernhard Hertel. Mit seinen Glückwünschen zu seiner dritten Amtszeit bekräftigte Herbert Porth, dass das Parlament und der Magistrat die gute Zusammenarbeit mit ihm auch weiterhin fortsetzen möchten und fügt noch an, dass es wohl eine Amtszeit mit erheblichen Schwierigkeiten werden wird.

Anschließend hat Dr. Bernhard Hertel den protokollarischen Amtseid abgelegt.

**(2) Mitteilungen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

**Klage gegen den Wetteraukreis**

Bekanntlich führt die Betreuungsschule Mäusezahn ihr Betreuungsangebot in den Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Assenheim aus. Diese Räumlichkeiten werden nun von der Stadt Niddatal selbst gebraucht zur Unterbringung der U 3 Kinder. Es wurde in der Vergangenheit nach Ersatzräumen für Mäusezahn gesucht, ebenso verschiedene Möglichkeiten für einen Umbau und Anmietung von entsprechenden Räumen in unmittelbarer Nähe des Schulgeländes bzw. bauliche Alternativen im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Sporthalle in Betracht gezogen. Alle Versuche scheiterten bislang.

In einer gemeinsamen Ausschuss-Sitzung des SozA mit dem HuF, an der auch der zuständige Kreisdezernent teilgenommen hatte, wurde die Meinung vertreten, dass der Wetteraukreis für die Unterbringung der Betreuungsschule zuständig sei, weil es sich hier um eine Betreuungsangebot nach dem Schulgesetz handelt. Dies wurde der Stadt durch ein Rechtsgutachten bestätigt.

Damit wir nun endgültig Klarheit über die Zuständigkeit für Mäusezahn haben, hat die Stadt Niddatal eine entsprechende Klage bei dem Verwaltungsgericht Gießen eingereicht.

### **Eisenbahnunterführung Assenheim -**

Diese Unterführung sollte in diesem Jahr noch saniert werden. Von der zuständigen Behörde, wie auch aus Zeitungsberichten haben wir nun erfahren, dass diese Sanierung verschoben wurde und erst in 2016 begonnen werden soll.

### **(3) Vorlage der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen einschließlich eines Haushaltssicherungskonzeptes**

Der Bürgermeister erläutert einzelne Positionen dieser Haushaltssatzung und beantragt abschließend, diese Satzung mit Anlagen und dem Begleitbeschluss ohne Aussprache in den HuF zu überweisen.

Für die Erstellung des Konsolidierungsprogramm bedankt er sich ausdrücklich bei Herrn Herdt und Herrn Herrmann; beide haben in Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitern diese Unterlagen erarbeitet.

Nachfolgend einige Auszüge aus seinen Erläuterungen:

Die Prognose für den Haushalt 2014 wird wieder ein Minus von 1,49 Mio Euro ausweisen und wir können leider auch für die nächsten Jahre keine spürbare Entlastung erwarten, selbst wenn alle Einsparmöglichkeiten und Kürzungen vorgenommen werden. Nachdem der Haushalt 2013 mit dem Konsolidierungsprogramm vom Landrat zurückgewiesen wurde, hat man in der Verwaltung noch einmal alle kritischen Posten einer erneuten Betrachtung unterzogen und in drei Phasen mögliche Einsparmaßnahmen und Mehreinnahmen aufgelistet.

Um Kosten zu sparen, wurden verschiedene Denkansätze ermittelt. So zum Beispiel könnte man bei einer stärkeren Zusammenarbeit mit anderen Kommunen (in der Verwaltung, Bauhof oder auch Kitas) Kosten reduzieren. Im einzelnen seien das zumeist kleinere Beträge, die sich jedoch später summieren. Man verzeichnet kontinuierlich steigende Kosten und stagnierende Einnahmen (vor allem aus der Einkommensteuer).

Durch den Verkauf von Ökopunkten hat die Stadt 62.000 Euro erzielt und bei den Sachkosten (z.B. Heizöl) konnten 30.000 Euro eingespart werden.

In anderen Kommunen stellt sich die Haushaltsführung oftmals auch nicht besser dar. Einige konnten ihr Zahlenwerk dem Landrat zwar früher vorlegen, bekamen im nachhinein noch zusätzliche Maßnahmen auferlegt, die in Niddatal bereits umgesetzt werden.

Niddatal hat in den vergangenen Jahren in der Verwaltung die Personalkosten reduziert. Nun muss wegen des neuen „Kifög“ Erlasses weiteres Personal eingestellt werden, was wiederum unsere Kosten ansteigen lässt.

Bei der Flüchtlingshilfe müssen im Parlament zusätzlich 10.000 Euro beantragt werden, da die hierfür schon bereitgestellten 15.000 Euro nicht ausreichen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nach diesen Ausführungen abstimmen, wer dem Antrag: **„Die vorgelegte Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes wird zur weiteren Beratung und Beschlussempfehlung in den HuF überwiesen“** seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

#### **(4) Vorlage des Wirtschaftsplanes 2014 der Stadtwerke Niddatal**

Der Bürgermeister verweist auf die Vorlage des Wirtschaftsplanes der Betriebskommission, dem der Magistrat bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Er beantragt, den Wirtschaftsplan 2014 der Stadtwerke Niddatal festzustellen und den vorliegenden Entwurf als Satzung zu beschließen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen = somit so beschlossen**

#### **(5) Beschluss einer Hebesatzung für das Haushaltsjahr 2014**

Der Bürgermeister verweist hierzu ebenfalls auf die Vorlage und erläutert, dass im Konsolidierungsprogramm 2013 bereits beschlossen wurde, die Grundsteuern A und B in 2014 zu erhöhen. Für die Umsetzung ist es allerdings vorher notwendig, die neue Hebesatzung als Erlass in der StVV zu beschließen, anschließend im Bekanntmachungsorgan der Stadt zu veröffentlichen und im Haushalt 2014 noch einzubringen, der ja bekanntlich noch nicht verabschiedet werden konnte.

Die Kommunalaufsicht muss letztendlich bis zum 30.06.2014 ihre Genehmigung hierzu erteilen, damit die neue Hebesatzung für 2014 wirksam werden kann.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem vorliegenden Entwurf einer Hebesatzung für das Haushaltsjahr 2014 seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

## **(6) Beschluss von überplanmäßigen und/oder außerplanmäßigen Auszahlungen**

Der Bürgermeister erläutert die einzelnen Positionen der Tischvorlage:

### **Städtische Kindertageseinrichtungen**

#### **a) 13.000 Euro als zusätzliche Personalkosten -**

Wie bereits erwähnt, wird für die Kita Bönstadt dringend eine weitere Kraft benötigt, um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen. Die im letzten halben Jahr durch Personalfluktuaton, Umsetzungen und Langzeiterkrankungen entstandenen Belastungen und Überstunden, haben alle verbleibenden Arbeitskräfte an ihre Belastungsgrenze gebracht. Aus diesem Grund wird die Einstellung einer zusätzlichen Kraft mit einem Stundenanteil von 30 Stunden zum 1.8.2014 empfohlen.

#### **b) Sonnensegel für Kita Kaichen -**

Der Kindergarten Kaichen benötigt dringend ein Sonnensegel über den Sandspielkasten im Außenbereich. Die Kosten werden auf 700 Euro geschätzt. Das alte Sonnensegel ist nicht mehr einsetzbar und muss daher ersetzt werden.

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Auch hier wurde schon erwähnt, dass für die Unterbringung der uns zugewiesenen Flüchtlinge noch weitere 10.000 Euro für die Ausstattung von Unterkünften benötigt werden; 15.000 Euro wurden hierfür von der StVV bereits genehmigt.

### **Umlegungsgebiet „An der Steinkaute“ Gemarkung Ilbenstadt**

Für Mehrzuteilung an Fläche erhält die Umlegungsstelle von der HLG rd. 75.000 Euro. Von diesem Betrag muss die Umlegungsstelle für Minderzuteilungen an Fläche 66.540 Euro wieder auszahlen. Es sind daher außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 66.540 Euro zu beschließen, um die Auszahlungen für Minderzuteilungen vornehmen zu können.

### **Vandalismus Kinderspielplatz in Ilbenstadt**

Die beschädigten Spielgeräte (mutwillig zerstört durch Feuer) können nicht mehr repariert und müssen vollständig erneuert werden.

Im Haushalt 2014 sind 30.000 Euro für Spielgeräte eingestellt, allerdings für andere Spielplätze, die schon vor dem Schadensfall vorgesehen wurden.

Das uns vorliegende Angebot für die Ersatzbeschaffung der abgebrannten Spielgeräte beläuft sich auf rd. 24.000 Euro (inkl. MWSt und Montage); zuzüglich weiterer Kosten - die hierfür noch anfallen - beträgt die Schadenssumme rd. 32.000 Euro.

Seine Frage: Wollen wir abwarten, bis der Haushalt 2014 genehmigt ist, um dann über die eingestellte Summe (30.000 Euro) für die jetzt notwendige Ersatzbeschaffung verfügen zu können ?

Nachdem Markus Nikleniewicz nach weiteren Einzelheiten gefragt hat, erklärt der Bürgermeister, dass wir im Rahmen unserer Abwicklung von Baugebieten ggfs. Mehreinnahmen erzielen, als ursprünglich im Haushalt veranschlagt. Dieses Geld könnte dann für zusätzlich notwendige Ausgaben verwendet werden. Auch sei zu überlegen, ob nicht die eine oder andere Anschaffung von Spielgeräten vorerst einmal zurückgestellt wird, um einen Einspareffekt erzielen zu können. Er weist noch darauf hin, dass im Bereich Investitionen kein Defizit zu verzeichnen sei, sondern nur im Ergebnishaushalt.

Gerhard Einhoff fragt, ob die genannte Summe von rd. 24.000 Euro für die Ersatzbeschaffung zusätzlich zu der Haushaltsposition von 30.000 Euro eingeplant werden soll ?

Der Bürgermeister verweist auf die anstehenden Beratungen im HuF, wo solche und andere Positionen noch einmal zur Disposition gestellt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der **Erweiterung des TOP 6 „Spielgeräte - Ersatzbeschaffung“** seine Zustimmung geben möchte.  
**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

Weiter wird abgestimmt, wer dem **„Beschluss von überplanmäßigen und/oder außerplanmäßigen Auszahlungen“** seine Zustimmung geben möchte.  
**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

#### **(7) Zwölfte Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Niddatal**

Der Bürgermeister erklärt den Hintergrund dieser Vorlage. Es geht hier um die Standorte der städtischen Bekanntmachungskästen. Durch den Verkauf der Liegenschaft „Bogenstraße“ musste ein neuer Standort für den Aushangkasten bestimmt werden. Dieser wird jetzt in Kaichen am Bürgerhaus - Sonnenweg 14 aufgestellt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem „Entwurf der Zwölften Änderungssatzung zur Hauptsatzung als Satzung“ seine Zustimmung geben möchte.  
**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

#### **(8) Dritte Änderungssatzung zur Kindergartengebührensatzung der Stadt Niddatal**

Der Bürgermeister bezieht sich auf die mehrfachen Hinweise von Dieter Eisenberg, die Fälligkeit der Gebühren für Kindertagesstätten zu regeln. Es wurde daher in einer Dritten Änderungssatzung zur Gebührensatzung festgelegt, dass die Gebühren an jedem 15. eines Monats fällig werden und diese möglichst per Einzugsermächtigung an die Stadtkasse Niddatal zu entrichten sind.

Die StVV wird gebeten, dieser Dritten Änderungssatzung wie beschrieben zuzustimmen.

Dieter Eisenberg hat hierzu noch angemerkt, dass dieser Vorgang kein persönliches Anliegen von ihm sei, sondern der aktuellen Gesetzeslage entspricht. Weiter hat er noch auf Einzelheiten hingewiesen, die im Zusammenhang mit der „Benutzungsgebühr bzw. dem Gebührenrecht“ geregelt sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der „Dritten Änderungssatzung zur Kindergartengebührensatzung der Stadt Niddatal“ seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

**(9) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt**

**a) Grundsatzbeschluss**

**b) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen**

Florian Porth berichtet aus der gemeinsamen Sitzung des BauA und HuF am 20.5.2014, wo über diesen Punkt ausführlich diskutiert wurde. Man hat sich danach auf folgende Beschlussempfehlung einstimmig geeinigt:

Der Ausschuss empfiehlt der StVV, die Buslinie 5 über die Kurt-Schumacher-Straße zu führen, soweit es sich bei dieser Linienführung um einen Endhaltepunkt für Bönstadt handelt. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, die Risiken - die sich aus dieser geänderten Linienführung ergeben - zu erfassen. Die geänderte Linienführung durch Bönstadt erfolgt probeweise für die Dauer von einem Jahr.

Roland Gosebruch möchte wissen, ob für den Probebetrieb (ein Jahr) die Bushaltestellen dafür schon permanent gebaut, oder vorerst nur temporär eingerichtet werden ?

Der Bürgermeister: Es ist vorgesehen, erst einmal temporär die neuen Haltestellen anzufahren, um später mit den Erfahrungswerten eine entsprechende Entscheidung treffen zu können.

Hans-Joachim Mücke weist darauf hin, dass die Kurt-Schumacher-Straße für einen ständigen Busverkehr „baulich nicht tragfähig“ ist. Sollte es durch diese Überbelastung zu Schäden kommen, können die Anlieger im Umlegungsverfahren dafür nicht belangt werden, sondern dass hierfür die Stadt aufkommen muss.

Christian Osmalz hat mit seinem Einwand und Zahlenbeispiel über die Häufigkeit des Busverkehrs deutlich gemacht, dass die Notwendigkeit nicht gegeben sei und er das Projekt nicht befürworten werde.

Markus Nikleniewicz hingegen trägt seine Argumente für die neue Buslinienführung vor und möchte, dass der Probebetrieb wie vorgesehen durchgeführt wird. Ebenso schließt sich Achim Saßmannshausen an, der auch für diesen Probebetrieb plädiert und dies für eine tragbare Lösung hält.



Nach diesem Diskussionsverlauf lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag wie von Florian Porth vorgetragen seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 16 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen**  
**= somit so beschlossen**

**(10) Bahnhof Assenheim**

**a) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen  
zum Stationsentwicklungsplan des RMV**

**b) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen:  
Barrierefreier Zugang zu einem Bahnsteig**

Der Bürgermeister sagt: Er habe zum ersten Teil dieser Anfrage keine Unterlagen, da es sich um einen Vorgang aus dem Jahr 1995 handelt und er zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Amt war.

Den zweiten Teil habe er an einen Mitarbeiter der Bundesbahn weitergeleitet und, obwohl zugesagt, noch nicht die gewünschte Auskunft erhalten. Sobald sie vorliegt, werde er sie weiterleiten.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, man habe davon Kenntnis erhalten, dass die Brückenerneuerung von der Bundesbahn erst in 2016 erfolgen soll.

Da die vorliegende Anfrage ohnehin heute nicht umfassend beantwortet werden kann, möchte man den gesamten Vorgang in einer der nächsten oder übernächsten StVV erneut zur Diskussion stellen.

Seine Frage an Dieter Eisenberg: Sind Sie damit einverstanden, dass dieses Thema bis dahin zurückgestellt wird?

Dieter Eisenberg hat nach einer kurzen Erläuterung der Hintergründe dieses Vorganges vorgeschlagen: **Den Sachantrag in den BauA zu überweisen und den Magistrat zu bitten, mit den beteiligten Stellen (Bahn, Land Hessen usw.) eine Sitzung und Ortsbesichtigung des Bahnhofgeländes zu vereinbaren**, um danach bestimmen zu können, welche Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Florian Porth äußert hierzu, dass ihm die Antragstellung von Dieter Eisenberg nicht ganz verständlich sei - welche Aufgabe ist dem BauA zugeordnet? Sein Verständnis gehe dahin, dass wir (die Stadt bzw. der BauA) nicht das Hoheitsrecht für das Bahngelände haben und demzufolge auch nicht eigenmächtig handeln können.

Gerhard Einhoff schließt sich den vorherigen Argumenten von Achim Saßmannshausen an, dass der Magistrat in diesem Fall der erste Ansprechpartner sei und vorab klärende Gespräche mit dem zuständigen Gremium der Bahn führen müsse.

**Nach Rücksprache möchte Dieter Eisenberg, dass sein Antrag wie vorgenannt bestehen bleibt und der Magistrat mit den zuständigen Stellen eine Sitzung mit Ortstermin vereinbaren sollte.**

**Gerhard Einhoff bittet nach Erläuterung seiner Bedenken, dass der Antrag mit dem Wortlaut: „ ohne finanzielle Beteiligung der Kommune “ erweitert wird.**

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte:  
**„ Den Magistrat zu bitten, mit den beteiligten Stellen (Bahn, Land Hessen usw.), eine Sitzung mit Ortstermin zu vereinbaren - ohne finanzielle Beteiligung der Kommune “**

**Ergebnis: 22 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen = somit so beschlossen**

Weiter wurde abgestimmt, wer seine Zustimmung geben möchte:

**„ Den Sachantrag in den BauA zu überweisen und den Magistrat zu bitten, mit den beteiligten Stellen (Bahn, Land Hessen usw.) eine Sitzung mit Ortstermin zu vereinbaren “**

**Ergebnis: 6 Ja-Stimmen 21 Nein-Stimmen = somit abgelehnt**

**Punkt b) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen:  
Barrierefreier Zugang zu einem Bahnsteig**

Aufgrund der vorherigen Diskussion und dem Abstimmungsergebnis bittet der Stadtverordnetenvorsteher zu entscheiden, ob über den **Antrag wie vorgenannt** noch diskutiert werden soll.

**Dieter Eisenberg hat seinen Antrag zurückgezogen.**

**(11) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen  
Leitplanke an der B 45 in Ilbenstadt**

Der Bürgermeister hat die gewünschten Auskünfte wie folgt mitgeteilt:

1) *Wie lang soll die Leitplanke werden ?*

Antwort:

Es werden entlang der B 45 auf einer Länge von rd. 300 m einfache Schutzeinrichtungen (einfache Distanzschutzplanken) installiert.

2) *Was kostet diese ?*

Antwort:

Die Kosten hierfür betragen gemäß Submission rd. 22.000 Euro brutto.

3) *Wer trägt die Kosten ?*

Antwort:

Die Kosten werden von der HLG bzw. letztendlich von der Stadt Niddatal getragen.

Siehe hierzu auch Detailplan „Schutzeinrichtung mit unten offenem Kastenprofil“ und schriftliche Erläuterung „Absicherung einer Gefahrenstelle nach RPS am Fahrbahnrand“

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann bedankt sich wieder für die rege und engagierte Mitarbeit und erklärt um 21:20 Uhr die heutige Sitzung für beendet.

Wittmann  
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel  
Schriftführerin

